

**Zeitschrift:** Tsantsa : Zeitschrift der Schweizerischen Ethnologischen Gesellschaft  
= revue de la Société suisse d'ethnologie = rivista della Società svizzera  
d'etnologia

**Herausgeber:** Schweizerische Ethnologische Gesellschaft

**Band:** 8 (2003)

**Artikel:** Sicherheitsfragen sind ein gesellschaftliches Phänomen

**Autor:** Uster, Hanspeter / Lichtensteiger, Sabina / Gerber, Brigitta

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1007407>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 30.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



# Sicherheitsfragen sind ein gesellschaftliches Phänomen

Hanspeter Uster

im Gespräch mit Sabina Lichtensteiger und  
Brigitta Gerber, Zug, 22. August 2003

Hanspeter Uster ist Vorsteher der Sicherheitsdirektion des Kantons Zug, Jurist und Mitglied der Sozialistisch-Grünen Alternativen des Kantons Zug und seit 1991 Regierungsrat des Kantons Zug. Uster plädiert für eine stärkere Vernetzung aller staatlichen sowie nicht-staatlicher Institutionen und Akteure. Für Uster ist Sicherheit ein gesamtgesellschaftliches Problem, das nicht nur über die Polizei bzw. über Repression gelöst werden kann. Seines Erachtens ist gerade der Dialog zwischen diesen verschiedenen Akteuren zentral – sowohl für die Einzelfallbeurteilung als auch im präventiven Bereich, wie z.B. im Kontext des öffentlichen Raums oder der Schulen. Uster bezeichnet sich als Praktiker, der sich jedoch auch für grundsätzliche Fragen und wissenschaftliche Erkenntnisse u.a. im Bereich Sicherheit interessiert. Die traurigen Ereignisse im Zuger Parlament vor zwei Jahren werden in diesem Gespräch nicht diskutiert, sondern lediglich im inhaltlichen Zusammenhang aufgenommen.



<sup>1</sup> Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement.

*In Ihrer Tätigkeit als Regierungsrat und Vorsteher der Sicherheitsdirektion des Kantons Zug sind die Begriffe «Sicherheit» und «Sicherheitspolitik» zentral. Könnten Sie beschreiben, mit welchen Fragen zu Sicherheit Sie sich zur Zeit gerade beschäftigen?*

Ich bin ein Praktiker. Mich interessieren zwar auch die grundsätzlichen Fragen und wissenschaftlichen Erkenntnisse im Bereich Sicherheit, aber ich befasse mich nicht systematisch damit. Dennoch: Praxis ohne Reflexion wäre platter Aktionismus und rein reaktiv. Als Regierungsrat habe ich die politische Strategie zu verantworten. In einem kleinen Kanton wie Zug bin ich aber immer auch mit operativen Fragen von Seiten der Polizei, der Bevölkerung oder der Politik konfrontiert.

Vor den Sommerferien gab es z.B. zwei Vorfälle, bei denen jugendliche Banden Leute überfallen hatten. In der öffentlich-politischen Debatte rund um diese Ereignisse wurde dabei auch die Ausländerfrage thematisiert: So hiess es etwa in einem Leserbrief, dieser Vorfall sei typisch für Leute aus dem Balkan; Spanier und Portugiesen seien degegen bestens integriert. Als die Polizei die Täter einen Monat später ermitteln konnte, war einer davon Schweizer, zwei kamen aus den erwähnten Ländern Spanien und Portugal und einer kam aus dem Balkanraum. Meine These, weshalb ein Einzelfall in der öffentlich-politischen Debatte ein solches Gewicht erlangt, ist, dass wir im Kanton Zug einen hohen Sicherheitsstandard haben und dass ein solcher Überfall damit nicht der Normalität entspricht. In einer Grossstadt wäre ein entsprechender Vorfall zwar für die Betroffenen ein Eingriff, den Zeitungen wäre er jedoch in der Regel – wenn überhaupt – nur wenige Zeilen wert.

In diesem Herbst stehen auch die Nationalratswahlen an. In diesem Zusammenhang kommen zum Beispiel von der CVP kritische Fragen zur Strategie der Polizei: Die Kontrolle des Verkehrs wird als zuviel, diejenige bezüglich «Gewalttätern» als zuwenig wahrgenommen. Allerdings führen wir aus gutem Grunde viele Geschwindigkeitskontrollen durch; schliesslich gibt es in diesem Bereich weitaus am meisten Körperverletzungen und Todesfälle. Wir haben die Zahl der Verkehrsunfälle in den letzten Jahren stabil halten können. Obwohl es heute 43% mehr Autos gibt, ist die Zahl an Verkehrsunfällen praktisch seit 1990 gleich geblieben.

Im Kontext der Nationalratswahlen stellt auch die SVP die klassischen Fragen zur Jugendgewalt. Die statistische Zahl «N» solcher Vorfälle im Kanton Zug ist jedoch zu klein für statistisch relevante Aussagen. Mit sieben Fällen im einen und vier im andern Jahr, ist eine Halbierung oder Verdoppelung der Fälle relativ zufällig. Es handelt sich nicht um eine Relation von 700 zu 400 Fällen pro Jahr wie in andern Kantonen, bei der man statistisch interessante Aussagen machen kann.

Immer wieder Thema sind auch Fragen um das Rotlicht-Milieu. Dies ist im Binnenkanton Zug zur Zeit jedoch nicht existent. In diesem Bereich nehme ich eine repressive Haltung ein und erteile keine Arbeitsbewilligungen für ausländische Tänzerinnen. Dies geschieht nicht aus einer sexual-moralischen Überzeugung heraus, sondern weil ich zum einen diese Frauen schützen möchte und zum anderen, solange möglich, die Entstehung eines Rotlicht-Milieus verhindern will. Es gibt verschiedene Theorien zum Schutze der Frauen – auch die entgegengesetzte, welche besagt, dass man die Frauen schützt, indem man sie in ein geregeltes Verhältnis hinein nimmt.

Auch zum Thema Menschenhandel habe ich vor kurzem eine Vernehmlassung an das EJPD<sup>1</sup> gerichtet. Dabei ging es um die Frage des Aufenthaltsstatus der Opfer, die auffliegen. Statistisch gesehen ist dies kein Thema im Kanton Zug; es gibt keine bekannten Fälle von Menschenhandel. Aber die Statistik erfasst natürlich immer nur die angezeigte und ermittelte Kriminalität.



*Wie würden Sie die politische Diskussion um Sicherheitsfragen im Kanton Zug charakterisieren?*

Wir haben eigentlich keine Sicherheitsdiskussion auf der politischen Ebene im Kanton Zug. Dies zeigt sich zum Beispiel darin, wie schnell sich die Wellen nach dem folgenden Ereignis geglättet haben: Ende Juni gab es im Rahmen der Räumung des seit längerem besetzten Zeughausareals eine unbewilligte Demonstration, infolge derer es zu Farbschmierereien und Sachbeschädigungen am Stadthaus und Polizeiposten kam. Gleichzeitig gab es einen Fall, bei dem angeblich Ausländer auf Schweizer und Schweizerinnen losgegangen waren. Dies führte bei der Bevölkerung kurzfristig zu einem «Amalgam von Unsicherheit», das jedoch nicht lange anhielt. Auch bei den Regierungs-, Kantons- und Ständeratswahlen im letzten Jahr gab es keine eigentliche Sicherheitsdiskussion. Obwohl ich als linker Regierungsrat mit einer offenen Haltung in der Asylfrage bekannt bin, wurde dies nie zum Thema gemacht.

Ein weiteres Beispiel: Nach dem Attentat auf das Zuger Parlament kam es neben einigen wenigen parlamentarischen Vorstössen nie zu einer grundsätzlichen Sicherheitsdebatte. Anstelle von überstürzten legislatorischen Eingriffen haben wir uns vor allem auf bauliche Sicherheitsmassnahmen konzentriert. Insbesondere die Verwaltung wurde geschützt, denn Probleme entstehen in aller Regel mit Kunden, d.h. mit potentiell gefährlichen Verfahrensbeteiligten. Seit Februar 2003 haben wir eine Art Ombudsmann, d.h. einen unabhängigen Vermittler in Konfliktsituationen. Eine Debatte gab es, als wir bei der Polizei eine wesentliche Sensibilisierung der Bevölkerung feststellten: Die Telefonanrufe an die Einsatzzentrale der Polizei nahmen im Jahr nach dem Attentat um fast 50% zu. Wir verlangten mehr Personal für Sicherheitsaufgaben, wie den Schutz von Personen und Gebäuden (z.B. das Gericht) in heiklen Situationen, erhielten jedoch nur einen Teil davon.

Der zurückhaltende Umgang mit Sicherheitsfragen im Kanton Zug hat sicher damit zu tun, dass der Kanton mit 100'000 Einwohnern überschaubar geblieben ist. Politische Ängste sind nicht so leicht zu schüren, da die Realität relativ gut erfahr- und messbar ist. Seit dem Attentat von Zug ist bei der Bevölkerung und den meisten PolitikerInnen eine Art politischer Reife festzustellen. Die Trauer und Anteilnahme nach dem Attentat von Zug war gross, wir Betroffenen fühlen uns auch heute getragen, und das Attentat wurde und wird nicht instrumentalisiert.

Eine ähnlich besonnene Haltung ist auch auf Ebene des Bundes auszumachen. Obwohl ich das Attentat im Zuger Parlament und das Ereignis des 9.11. in den USA nicht vergleichen möchte, hat auch der Bund nach dem 9.11. in vielen Fragen nicht überreagiert: Während die USA und auch Deutschland sehr schnell eine Anti-Terrorgesetzgebung durchsetzten, verging in der Schweiz auch aufgrund der institutionell-strukturellen Gegebenheiten etwas Zeit. So konnte man sich fragen, was wirklich notwendig war. Das vielfach kritisierte politische System der Schweiz, welches nur eine langsame Durchsetzung von Gesetzesänderungen erlaubt, war hier von Vorteil. Ein schnelles Handeln aus dem Augenblick tiefer Betroffenheit heraus ist nicht immer gut.

*Inwiefern ist die Sensibilisierung der Bevölkerung auf dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungstendenzen zu verstehen?*

Die starke Zunahme der Telefonanrufe an die Einsatzzentrale der Polizei im Jahr nach dem Attentat im Zuger Parlament hat auch andere Gründe: Man delegiert heute immer mehr gesellschaftliche oder auch individuelle Aufgaben an den Staat und vor allem an die Polizei, wie zum Beispiel die Frage der Erziehung oder des Umgangs miteinander. Wenn sich jemand im oberen Stock über seinen Nachbarn ärgert, der grilliert, ruft er heute zur Lösung des Problems die Polizei. Früher hätte man miteinander zu reden und



zu streiten versucht – auch eine Art von Kommunikation. Oder man hat seine Nachbarn vorgängig über ein Fest informiert und sich für den Lärm entschuldigt – oder man lud sie gleich ein. Heute muss die Polizei zwei- bis dreimal an den gleichen Ort ausrücken, weil sich die Nachbarn beschweren. Und wenn die Polizei nicht kommt, haben die Nachbarn auch schon um 23.30 Uhr bei mir zu Hause angerufen und gefragt, was eigentlich los sei. Wenn ich nachfragte, ob sie selbst schon vorbeigegangen seien und reklamiert hätten, war dies nie der Fall.

Eine verstärkte Sensibilisierung betreffs häuslicher Gewalt hat auch bei der Polizei und bei den Nachbarn stattgefunden. Die Einsatzzentrale bekommt diesbezüglich häufig Telefonate. Im Unterschied zu früher, als die Polizei stärker zu vermitteln suchte, rückt sie heute mit dem Grundsatz «Ermitteln statt vermitteln» aus. Wir prüfen gerade das neue St. Galler Modell im Bereich häuslicher Gewalt. Das verlangt, dass der Mann die Wohnung verlässt und nicht die Frau und Kinder ins Frauenhaus gehen und ihre Lebensumstände anpassen müssen.

Die latente Jugendgewalt, d.h. die Furcht von Jugendlichen, dass sie im Ausgang abgeschlagen werden, ist ebenfalls Thema für die Polizei. Wichtig ist zu bedenken, dass all diese Themenbereiche letztlich Fragen betreffen, die nur die Gesellschaft als Ganzes und mittels verschiedener Massnahmen lösen kann. Indem Probleme aus diesen Bereichen – mit grosser Erwartungshaltung – an die Polizei delegiert werden, überfordert die Gesellschaft die Polizei. Auch wenn die Polizei nicht selbst überfordert ist, bedeutet es, dass man zum Schluss nur noch in repressiven Kategorien denken kann und keine nicht-repressiven, integrativen Lösungen mehr sieht, wie zum Beispiel eine Freiraum-Lösung für Jugendliche. Das Zeughaus, welches im September 2002 besetzt wurde, ist für mich ein solches Beispiel.

*Könnten Sie beschreiben, was Sie unter nicht-repressiven, integrativen Lösungen von Sicherheitsfragen verstehen und dies am Beispiel der Zeughausbesetzung kurz illustrieren?*

Sicherheit ist gerade in einem nicht-liberalen Diskurs sehr oft an den Ordnungsaspekt gebunden. Sicherheit und Ordnung werden als identisch verstanden, d.h. wenn die Ordnung nicht eingehalten wird, ist auch die Sicherheit gefährdet. Im Kontext der Debatten um die Zeughaus-Besetzung wurde diese Position sehr deutlich. Es wurde als die Aufgabe der Sicherheitsdirektion und Polizei angesehen, das Problem regelrecht «aufzuräumen». Einzelne Parlamentarier forderten ein repressives Vorgehen, Polizeikontrollen der Besetzer, sowie die Räumung des Areals. Wir unternahmen jedoch nichts, solange der Eigentümer, das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), nicht die Räumung des Areals verlangte. Grundsätzlich vertraten wir die Position, dass Sicherheitsfragen gesellschaftliche Fragen sind und dass für die Lösung der Zeughaus-Besetzung verschiedenste Akteure etwas unternehmen müssten, hier zum Beispiel der Eigentümer (VBS), der Kanton und vor allem auch die Stadt Zug, die Jugendarbeit und die jugendlichen BesetzerInnen selbst.

Das VBS war für Lösungen bereit, wollte aber nicht die direkte Verantwortung (z.B. für einen Nutzungsvertrag) übernehmen. Die Kantonsregierung als Gesamtregierung schob den Ball weiter an die Stadt und vertrat die Ansicht, dass Wohnen und Kultur Grundbedürfnisse der Leute seien und dass dafür nach Gesetzgebung und Verfassung die Gemeinden, d.h. die Stadt Zug, zuständig seien. Die Stadt stellte sich auf den Standpunkt, dass sie keine Verhandlungen mit «Illegalen» führen könne und wolle, um nicht erpressbar zu werden. Ich versuchte persönlich – damals als Regierungspräsident – mit dem Stadtpräsidenten eine Lösung zu finden. Auf Initiative von ParlamentarierInnen aller Parteien wurden dem Stadtrat Vorschläge unterbreitet, in die ich versuchte, auch die institutionelle Jugendarbeit miteinzubeziehen. Die Stadt war jedoch nicht interessiert und vertrat den Standpunkt, dass sie Jugendlichen bereits



viel biete. Die Stadt liess sich nicht überzeugen, dass diese Jugendlichen ihre kulturellen Freiräume autonom gestalten wollten und dass dies, besonders in der pubertären und postpubertären Phase, eine Lernerfahrung sein kann. Letztlich kam es zur Räumung, weil auch die BesetzerInnen nicht mehr bereit waren, eine Lösung zu finden. Nachdem sie vom VBS lange faktisch toleriert worden waren – das VBS hatte lange auf die Abbruchbewilligung warten müssen – sahen sie keinen Handlungsbedarf mehr.

Verhandlungslösungen, das miteinander Reden, das in der Schweiz als eine unserer Tugenden gilt, kamen in diesem Falle nicht zustande. Verhandlungen bezüglich einer Zwischenlösung und eines entsprechenden Nutzungsvertrags wären für uns auch aus polizeilicher Sicht interessant gewesen. Dadurch wären Regeln geschaffen worden, an die sich die besetzenden Jugendlichen hätten halten müssen. Von Seiten der Medien und Teilen der Bevölkerung bestand ein recht grosses Wohlwollen für unsere Position. Die Stossrichtung des politischen Diskurses der Mehrheit hingegen war immer illiberal. Die Besetzung wurde als Bedrohung angeschaut und nicht als Chance, eine Generation von kritischen, phantasievollen Leuten am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu lassen und davon bereichert zu werden. Dies wäre für mich ein umfassendes Sicherheitskonzept.

*Für die Schaffung einer umfassenden, integrativen Sicherheit sind Ihrer Meinung nach nicht primär das Sicherheitsdepartement und die Polizei zuständig. Wie soll also mit einem zentralen Sicherheitsbereich wie Kriminalität umgegangen werden?*

Letztlich ist auch Kriminalität ein gesellschaftliches Phänomen und nicht eine reine Frage der Sicherheit. Fast alle Formen von Kriminalität gehören auch zu einer Gesellschaft. Konkret: Bei der Polizei haben wir eine Projektentwicklung wegen Jugendgewalt institutionalisiert. Wir haben in den Gemeinden mit den für Sicherheit, Schulen, Soziales etc. zuständigen Gemeinderäten angefangen, Netzwerkbildung zu machen. In Einzelfallbeurteilungen haben wir über schwierige Fälle diskutiert und erkannt, dass diejenigen, welche polizeilich auffällig waren, dies auch in andern Bereichen sind, ein soziales Problem oder andere Schwierigkeiten haben. An den Einzelfällen haben wir versucht, diese Probleme aufzuarbeiten, zu vernetzen und dies auch gegenüber den «Klienten» transparent zu machen. Derselbe Ansatz wurde für die präventive Arbeit in den Gemeinden verwendet. Beispielsweise für die Frage, wie man einen Schulhausplatz für die Schüler sicher machen und diese vor Erpressungen und Schlägereien schützen kann. Dabei haben wir festgestellt, dass viel Wissen, Know-how und Phantasie vorhanden ist und dass die Bündelung von Kräften der staatliche Akteure und auch der Jugendarbeit nicht nur additive, sondern auch Multiplikations-Effekte ergeben kann.

An sich gefällt es mir, dass die Idee zu dieser Zusammenarbeit von der Polizei kam; aber es gibt mir zu denken, dass nicht die anderen Akteure auf diese Idee gekommen sind. In der Jugendgewaltdiskussion sind auch die Schule und eine ganze Reihe von Akteuren gefordert – und erst zum Schluss die Polizei. Die Polizei ist mit der Problematik direkt konfrontiert, weil am Schluss der Kette alles bei ihr landet. Das Bewusstsein bei der Polizei ist gewachsen, dass sie aktiv werden muss, wenn sie nicht – ohne die Probleme lösen zu können – in der Arbeit ertrinken will. Die Polizeileute haben sich also überlegt, wie sie den Prozess umkehren und die andern Akteure in die Verantwortung miteinbeziehen können.

Die Jugendgewaltproblematik deutet auf eine ähnliche Situation hin, die wir in den 80er und 90er Jahren mit dem Drogenproblem erlebt haben. Es hat lange gebraucht, bis man gemerkt hat, dass das Drogenproblem nicht einfach an die Polizei delegiert werden kann; dass es immer schlimmer wird und gesamthafte Massnahmenpakete braucht, bei denen fast alle staatlichen Akteure involviert sein müssen. Das Vorgehen im Drogenbereich ist meiner Meinung nach eines der Schweizer Vorzeige-Pilotprojekte. Dies





gilt nicht nur für die Opiat-Abgabe, d.h. die heroingestützte Behandlung, welche es heute in den meisten grossen Städten auch der Westschweiz gibt, sondern für das gesamte Konzept. Es hat viel Elend verhindert, obwohl nach wie vor viele Fragen geklärt werden müssen und man weiterhin dranbleiben muss.

Die Polizei und auch die andern Akteure sind also in ihrem Bewusstsein im Umgang mit solchen gesellschaftlichen Fragen einen Schritt weitergekommen. Gleichzeitig stelle ich aber fest, dass der politische Sicherheitsdiskurs der bürgerlichen Mehrheit immer mehr auf eine repressive Schiene kommt. Dies mag von einer gewissen Hilflosigkeit herrühren und auch daran liegen, dass die öffentlichen Mittel knapper geworden sind. Projekte sind schwieriger zu finanzieren und greifen in der Regel nicht sofort. Wenn man drei Personen verhaftet, dann sind sie erstmal im Gefängnis. Wenn man mit diesen drei ein Projekt macht, um sie zu therapieren und ihnen zu vermitteln, dass Gewalt nicht der primäre Ausdruck für sie ist, dann brauchen sie Zeit dafür und können allenfalls auch scheitern. Wie auch bei der Drogenproblematik ist eine Kombination von repressivem Vorgehen und Therapien sowie Überlebenshilfe durchaus sinnvoll. Wenn die Gesellschaft nur staatlich legitimierte Repressivität ausübt, handelt sie im Prinzip auf der selben Ebene wie das Problem, mit dem sie sich befasst. Ich gehe immer noch davon aus, dass das Gewalttätige – metaphysisch: das Böse – nicht das Hauptmotiv des menschlichen Lebens ist. Jugendgewalt ist meiner Ansicht nach vielfach auch Ausdruck von schwierigen Situationen.

Zur Jugendgewaltproblematik gab es von der Justiz- und Polizeidirektorinnen- und -direktorenkonferenz ein gesamtschweizerisches Projekt, bei dem den Kantonen Vernetzungsvorschläge gemacht wurden, die sie angepasst auf ihre lokalen Bedürfnisse umsetzen konnten. Denn die Probleme sind gemeinsam zu reflektieren, aber auf die lokale Situation auszurichten. Es gibt Unterschiede zwischen der Situation in einem Bergdorf oder derjenigen in bestimmten Quartieren der grösseren Städte. Und auch dort herrschen recht unterschiedliche Verhältnisse, wie beispielsweise in Genf während des G8 Gipfels oder während der Sommerferien.

*Inwiefern gibt es Veränderungsmöglichkeiten der öffentlich-politischen Sicherheitsdiskurse? Wie schätzen Sie die Rolle der Medien diesbezüglich ein?*

Veränderungsmöglichkeiten der öffentlichen Sicherheitsdiskurse bestehen darin, dass man vermehrt das Bewusstsein der politischen EntscheidungsträgerInnen auf allen Ebenen schärft und auch über positive Erfahrungen berichtet. Die Rolle der Medien in der öffentlichen Diskussion um Sicherheit ist schwierig zu fassen. In der ganzen Gewaltdiskussion wird immer wieder thematisiert, dass Medien zur Brutalisierung der Gesellschaft beigetragen haben; Verbote von Gewaltvideos werden gefordert usw. Ich glaube aber, dass die Gesellschaft und unser Leben zu komplex sind, als dass es dafür monokausale Erklärungen gibt.

*Stichwort Zusammenarbeit und Vernetzung – welche Bedeutung haben Erkenntnisse aus Forschungen im Bereich Sicherheit? Und welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit bestehen mit nicht-staatlichen Organisationen, zum Beispiel im Sozialen Bereich.*

Ich finde Forschungsergebnisse immer wieder interessant, sowohl populärwissenschaftliche Studien, als auch insbesondere Studien zu Gewalt von Martin Killias, Kriminologe und Strafrechtsprofessor an der Universität Lausanne, und von Manuel Eisner, Zürcher Soziologe, heute am *Institute of Criminology* in Cambridge tätig. Ich nehme die Studien zur Kenntnis und sie bestärken mich in meinem Vorgehen. Der Kanton Zug erreicht jedoch für die Forschung keine statistisch gesehen aussagekräftige Grösse.



Die Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Organisationen im sozialen Bereich ist im Kanton Zug teilweise institutionalisiert. Caritas übernimmt beispielsweise die Flüchtlingsbetreuung von anerkannten Flüchtlingen. Eine weniger institutionalisierte Zusammenarbeit besteht auch mit der Asylbrücke, einer Organisation, die für Asylsuchende aktiv ist. Die Asylbrücke ist ein akzeptierter Ansprechpartner des Amtes für Ausländerfragen und bekannt für ihre Fachkräfte. Das Amt für Ausländerfragen nimmt dabei den staatlichen Standpunkt ein, muss verfügen, hat aber einen Ermessensspielraum. Die Asylbrücke vertritt eine anwaltliche Position für die Asylsuchenden. Kommunikationstheoretisch gesehen übernehmen das staatliche Amt und die anwaltlich tätige NGO konkrete Funktionen – das ist beiden bewusst, und deshalb respektieren sie die jeweils andere Position: In der Diskussion und im Streit zwischen diesen Positionen kommt es zu guten Lösungen – auch in vielen Fällen, die gar nicht bis zu mir vorgedrungen sind. Dadurch werden Einsichten gewonnen und können sich entwickeln.

*Wo liegen Ihrer Meinung nach die Herausforderungen im Bereich Sicherheit, welche der Kanton Zug in Zukunft lösen muss?*

Ich erachte es als sehr wichtig, die Wirtschaftskriminalität zu bekämpfen. Es geht nicht nur um die Aussenwirkung, das internationale Image, das Prestige des Kantons Zug, sondern darum, dass Wirtschaftskriminalität und Geldwäscherei zersetzend wirken auf das wirtschaftliche und soziale Leben im Kanton Zug. Es kann Wirtschaft und Gesellschaft schwer schädigen und das moralisch-ethische Bewusstsein der Leute schwächen. Der Bezug zu Fragen der Sicherheit liegt nicht auf der Hand. Niemand hätte vorerst einmal ein Unsicherheitsgefühl, wenn die Wirtschaftskriminalität zunehmen würde. Man würde dabei vielleicht sogar profitieren. Ich spreche bewusst im Konjunktiv.

Eine Herausforderung im Umgang mit Sicherheitsfragen in der Zukunft liegt meiner Meinung nach aber auch darin, dass Sicherheit ein Gefühl ist. Sicherheit ist zwar in statistischen Grössen messbar. Aber auch eine gute Statistik kann jemanden, der sich unsicher fühlt, letztlich nicht beruhigen. Sicherheit hat viel mit wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit sowie mit einem Sicherheits- oder Wohlfühl im sozialen Nahraum zu tun. Ich habe bei den letzten Wahlen gesagt: «Solidarität schafft Sicherheit». Ich wollte damit den Sicherheitsdiskurs etwas weiter fassen. Eine solidarische Gesellschaft ist auch eine sicherere Gesellschaft. Dies bedeutet nicht, dass es keine Kriminalität mehr gibt. Dies wäre überhaupt nicht möglich. Regelverletzung gehört zur Gesellschaft und eine Regel, die nicht verletzt wird, ist keine Regel, die funktioniert. Diese These, die vor kurzem Marcel Niggli, ein Kriminologe und Strafrechtsprofessor in Fribourg, in einer Radiosendung sehr anschaulich vertrat, entspricht ungefähr meinem Ansatz.

Als Sicherheitsdirektion sind wir zusammen mit der Polizei dafür verantwortlich, den Menschen im Kanton Zug eine gute Grundversorgung zu bieten, so dass sie sich sicher fühlen können. Daneben sind wir für die «handwerklichen Dinge» verantwortlich, wie zum Beispiel die Senkung der Zahl von Einbrüchen. Zur Sicherheit sind, wie bereits erwähnt, auch Verkehrskontrollen entscheidend. Diese werden häufig durchgeführt, weil dabei hohe Rechtsgüter – Leib und Leben – in Frage stehen. Wenn Fussballspielen so gefährlich wäre wie der Strassenverkehr, dann würde der Fussball verboten. Die Verkehrskontrollen sind aber gleichzeitig auch kriminalpolizeiliche Kontrollen. Wir wissen aus Telefonabhörprotokollen und Befragungen von Leuten mit Einbruchwerkzeugen im Wagen, dass die häufigen Verkehrskontrollen des Kantons Zug in der Szene bekannt sind und dass die Meinung besteht, man solle den Kanton Zug grossräumig umfahren. Die Kontrolle bringt also in präventiver Hinsicht etwas.

Wir versuchen dies auch zu kommunizieren, wenn sich jemand in einem Aussenquartier ärgert, weil die Polizeipatrouille beim Hindurchfahren noch einen





Busszettel steckt. Die Polizei ist primär dort, um den Leuten durch ihre Präsenz ein sicheres Gefühl zu vermitteln und potentielle Einbrecher abzuschrecken. Wir haben weitere Massnahmen zur Verstärkung des Sicherheitsgefühls getroffen, wie fest zugewiesene Polizisten für die Quartiere, sogenannte Revierpolizei, die den Leuten bekannt sind. Diese besuchen die Quartierbewohner auch zu Hause und geben Hinweise, wie man sich vor Einbrüchen schützen kann, was sehr geschätzt wird. Dennoch: Falschparkieren betrachten viele als Bagatelle und es ärgert sie masslos, wenn sie eine Busse erhalten. Ich bekomme am meisten Briefe wegen solch sinnloser Angelegenheiten («Gugus»). Parkplatzbewirtschaftung ist eigentlich eine Dienstleistung an den Autofahrenden. Sie verhindert, dass Leute neun Stunden ohne Rücksicht auf andere am selben Ort parkieren. Es funktioniert jedoch nur, wenn die Parkplatzbewirtschaftung auch kontrolliert wird.

*Könnten Sie abschliessend sagen, warum Sie in der Sicherheitspolitik tätig sind und was für Sie persönlich in der Sicherheitspolitik wichtig ist?*

Ich bin nicht in die Sicherheitsdirektion gekommen, weil ich dies gewollt habe, sondern weil diese als einziges noch frei war, als ich – sehr jung, mit 32 Jahren – in die Regierung gewählt wurde. Die Bereiche Erziehung oder Finanzen, von denen ich damals dachte, dass sie mich mehr interessieren würden, waren bereits besetzt. Aber alle wichtigen Entscheide im Leben sind nach meiner Erfahrung Zufall.

Sicherheit ist für mich nur teilweise eine Frage der Polizei; vielmehr ist sie zum überwiegenden Teil eine Frage der Gesellschaft und der verschiedensten Akteure. Dies betrifft übrigens auch Sicherheit im internationalen Bereich: «Zivile Sicherheit statt militärische» ist für mich hierzu ein Leitwort. Obwohl ich keine Aussenpolitik mache: Bei aussenpolitischen Fragen erkennt man immer wieder, dass es eigentlich immer schon zu spät ist, wenn man militärisch eingreifen muss oder will und dass die Armeen keine echte Sicherheit bieten können. Der Irak-Krieg ist paradigmatisch dafür. Es wird sehr viel Anstrengung brauchen, bis man dort einen echten Frieden im klassischen Sinne – einen, der auch eine Art von umfassender Sicherheit einschliesst – schaffen kann. Interessant ist letztlich aber nicht meine Aussage vom Gesellschaftlichen – die zwar wichtig, aber auch etwas banal ist – sondern, wie man das Gesagte an den konkreten Fragen in der Praxis misst, umsetzt, und immer wieder neu reflektiert. Dass Sie mir in diesem Gespräch dazu Gelegenheit gegeben haben, dafür danke ich Ihnen herzlich.

